Dresdner Volkszeitung

Postscheckkonto: Dresden Kaden & Comp., Nr. 1268

Organ für das werktätige Volk

Bankkonto: Gebr. Arnhold, Dresden und Sächs. Staatsbank

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Bezugspreis einschließlich Bringerlohn mit den wöchentlichen Beilagen „Nach der Arbeit" und „Volk und Zeit" für einen halben Monat 1 M. Einzelnummer 10 Pf. **Telegramm-Adresse:** Dresdner Volkszeitung

Schriftleitung: Wettinerplatz 10. Fernsprecher Nr. 25261. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10. Fernsprecher Nr. 25261. Geschäftszeit von früh 7 Uhr bis 5 Uhr nachm.

Anzeigenpreis. Grundpreise: die 34 mm breite Nonpareillezeile 30 Pf., die 90 mm breite Reklamezeile 1,50 M., für auswärtige Anzeigen 35 Pf. und 2 M. Familienanzeigen, Stellen- und Mietgesuche 40 Proz. Rabatt. Für Briefaufbewahrung 10 Pf.

Nr. 91 | Dresden, Montag den 20. April 1925 | 36. Jahrg.

Der Bürgerkrieg in Bulgarien

Von Hermann Wendel

Dienstag vormittag: Ueberfall einer bewaffneten Bande auf den in der Umgegend von Sofia autofahrenden König und tagelanges Feuergefecht. Dienstag abend: Ermordung des Abgeordneten Generals a. D. Kosta Georgijev auf offener Straße der Hauptstadt. Mittwoch vormittag: Explosion einer Höllenmaschine in der Sofioter Kathedrale bei einer Leichenfeier für den Getöteten. — Was steht für den Rest der Woche auf dem Programm? Auch wer nicht Prophet ist, kann es voraussagen: Attentate, Ueberfälle, Schießereien, Blutvergießen, Terror. Denn also geht es jetzt in Bulgarien zu, und wenn naive Berichterstatter mit gesträubten Haaren vermelden, daß sich das Land an der „Schwelle des Bürgerkrieges" befinde, so tobt er in Wahrheit schon seit zwanzig Monaten durch seine Gaue, seit jenem 9. Juni 1923, an dem die Offiziersliga und die „Mazedonifierenden" die Bauernregierung Stambolijskis mit Mord und Brand stürzten und das Regime Cankov auf den Schild erhoben.

Mit dem seinerzeitigen Herrschaftsantritt der Bauernpartei war das politische Pendel in Bulgarien weit nach links ausgeschlagen. In dem überwiegend kleinbäuerlichen Land trug die Mißstimmung der Massen nach dem verbrecherisch angezettelten und unheilvoll geendeten Kriege Stambolijski zur Macht empor. Er nutzte sie gründlich im Sinne einer Diktatur des flachen Landes über die Stadt aus, denn sein „Landwirte bund" gehört zu den auch in Südslawien, Polen und der Tschechoslowakei beheimateten bäuerlichen Klassenorganisationen, die es schroff ablehnen, sich zu den bürgerlichen Parteien zu zählen und sich antikapitalistisch nicht nur gebärden. Vieles von dem, was Stambolijski mit eiserner Faust durchführte, war demokratisch richtig und sozial wohltätig, vieles auch reine Plackerei und ein Hemmnis für jeden wirtschaftlichen und kulturellen Fortschritt. Aber was sich am 9. Juni 1923 gegen ihn erhob, war nicht die Einsicht, daß im 20. Jahrhundert in keinem Lande mehr eine gegen die andern Gesellschaftsschichten gerichtete Bauernherrschaft möglich ist, sondern das geschädigte bourgeoise Profitinteresse und der revanchelüsterne nationale Chauvinismus. Zwar warf sich die Regierung Cankov ursprünglich ein demokratisches Mäntelchen um, gab ihrer Parteienkombination den Namen „Demokratische Gemeinschaft" und verstand sogar die Sozialdemokraten in ihr Lager zu ziehen. Aber bald enthüllte sie sich unter der Losung, für „Ruhe und Ordnung" sorgen zu müssen, als reines Faschistenkomitee. Nicht mit Unrecht hat Vandervelde bei einer Reise durch Bulgarien dieses Regime eine Nachahmung des Mussoliniismus genannt; wie nie zuvor schlug das Pendel nach rechts aus. Der September 1923 gab die erste große Gelegenheit zu furchtbarer Abrechnung mit allen, die der neuen Diktatur widerstrebten: die Niederschlagung eines zum Teil provozierten Aufstandes der Kommunisten und Bauernparteiler entfesselte einen weißen Schrecken, wie er selbst in Horthy-Ungarn unbekannt war; auf 18000 wurden die Opfer dieser bluttriefenden Wochen beziffert. Was „starb" auch in der Folge nicht alles im Gefängnis, wurde „auf der Flucht" erschossen, von „Unbekannten" getötet — frühere Minister, Abgeordnete, Journalisten, Advokaten, Lehrer, Geistliche! Damit nicht genug, traf die Mordwaffe gedungener Buben in der ausländischen Emigration weilende Führer der Bauernpartei — Daskalovs Ermordung in Prag ist das bekannteste, doch bei weitem nicht das einzige Beispiel —, innerhalb der Organisation der „Mazedonifierenden" rotteten sich Gegner und Anhänger der Regierung mit Browning und Bombe aus, und das Abschießen kommunistischer Abgeordneter wurde in letzter Zeit in Sofia geradezu als Sport betrieben — eine „Ordnungszelle" wahrhaftig ist das Bulgarien Cankovs geworden!

Als bei den Novemberwahlen von 1923, allerdings unter Ausnutzung des von Stambolijski verschlechterten Wahlrechts, die „Demokratische Gemeinschaft" von 247 Sitzen im Sobranje 172 eroberte und auf die Unterstützung der 29 Sozialdemokraten und der 8 Nationalliberalen rechnen konnte, hatten Cankov die Mehrheit der Bevölkerung hinter sich zu haben. Inzwischen sind außer den Sozialisten und Liberalen Teile der Demokraten unter Malinov und der Radikalen unter Kosturkov aus der Regierungskoalition ausgeschieden. Je schmaler seine parlamentarische Grundlage wurde, desto unbedingter mußte sich das „Professoren- und Generalsministerium" Cankov an die Offiziersliga und „Mazedonifierende" anlehnen. Je größeren Einfluß diese Reaktionären und wildnationalistischen Verbände auf die Regierung bekamen, desto schonungsloser wütet der amtlich und halbamtlich Terror gegen die politisch Andersdenkenden. Je grausamer aber die Volksmasse mit Ruten gestrichen wurde, desto erbitterter flackerte ihr Widerstand auf. Wirtschaftliches Elend und politischer Druck tragen die Schuld, daß sich Hunderte und Tausende „in die Berge" flüchteten und von dort den Kleinkrieg gegen die herrschenden Gewalten führen; über ganze große Bezirke wurde der Belagerungszustand verhängt, da das Banden- und Räuberunwesen zum Himmel schrie. Wenn bei den Aprilwahlen von 1923 die Bauernpartei von einer Million abgegebener Stimmen über die Hälfte auf sich vereinigte, so sitzen auch heute noch ihre Anhänger zahlreich im Lande, so daß auch in ihrer Emigration in Südslawien neuerdings eine Spaltung sichtbar wird, leitet doch diese im Ausland lebende Führerschaft als Generalstab die Bewegungen der Partei. Aber auch die Kommunisten, für die im April 1923 fast jeder fünfte Wähler stimmte, spielen keine geringe Rolle. Moskau hat stets Bulgarien als geeignetes Feld betrachtet, um nicht nur den Balkan in die Luft zu sprengen; im Vorwort des dritten Bandes seiner Gesammelten Werke gesteht Trotzki von den bulgarischen Septemberereignissen des Jahres 1923 ganz unverhohlen: „Die bulgarische Revolution sollte der Auftakt für die deutsche Revolution werden." Der lange Arm der Dritten Internationale wird denn nicht grundlos von den Machthabern in Sofia gefürchtet, um da sie mit Gewalt jede Auflehnung gegen ihr Regime zu ersticken suchen und Bauernparteiler und Kommunisten mit Gewalt antworten, blutet unter der verschwenderischen Anwendung von Gewalt hüben und Gewalt drüben das unglückliche Land aus tausend Wunden. Der letzte Schlag der Sippe Cankovs war ein vom Sobranje im März angenommenes Ausnahmegesetz, das den wüstesten Terror gegen die unbequeme Opposition mit dem Heiligenschein der Legalität umkleidet, und der Minister des Innern, General Rusev, hat schon ein neues Polizeigesetz auf der Pfanne, von dem unser Sofioter Parteiblatt Narod sagt, daß es auch die elementarsten Errungenschaften der Demokratie im öffentlichen Leben auszurotten bestimmt sei. Wie wenig diese Maßregeln fruchten, zeigen die Begebenheiten der letzten Tage. Cankov sitzt auf den Bajonetten, aber das Chaos droht Bulgarien zu verschlingen.

Der Ausweg aus diesem Unheil? Auf dem Papier ist er nicht schwer zu weisen. Eine Regierung des „Linken Blocks," wie sie von Sozialisten, Demokraten und Radikalen angestrebt wird und von einem Teil der Bauernpartei unterstützt würde, müßte durch wirklich unbeeinflußte, freie Wahlen den Willen des Volkes feststellen, das sich nach Weltkrieg und Bürgerkrieg der Ruhe mehr als bedürftig, ohne Zweifel gegen den Terror in jeder Form ausspräche. Die nächste Etappe wäre die schon von Stambolijski begonnene Arbeit für die Angliederung Bulgariens an den südslawischen Staat, denn wie Serben, Kroaten und Slowenen sind die Bulgaren Südslawen und von ihnen allein lassen sich die mannigfachen Leiden des Landes nicht beheben. Vor allem verschwände mit dem Zusammenschluß Bulgariens und Südslawiens in dieser oder jener Gestalt die mazedonische Frage, die durch die „Mazedonifierenden," jene Bandenkämpfer und -anhänger, die aus der „Befreiung Mazedoniens" einen Beruf oder auch nur ein Geschäft machen, die innere Politik Sofias mit eitrigen Zersetzungsstoffen schwängern. Aber da im Leben der Völker selten die Vernunft entscheidet und in Bulgarien die verschiedensten Machtinteressen verknäuelt und die politischen und sozialen Leidenschaften bis zur Tollwut aufgepeitscht sind, wird es in der kommenden Zeit noch übel genug hergehen. Doch sicher ist, daß der latente Bürgerkrieg wie bisher nicht mehr lange zu dauern vermag.

Marx in Dresden

Wie zu erwarten war, gestaltete sich die Dresdner Marx-Versammlung am Sonnabend im Zirkus zu einer gewaltigen republikanischen Kundgebung. Um die enormen Kosten einer solchen Veranstaltung zu decken, hatte der Republikanische Reichsbund als Einberufer mehrere Tausend Plätze für Eintrittspreis reserviert. Bereits am Donnerstag waren sämtliche Karten ausverkauft. Der Beginn der Veranstaltung war für 8 Uhr angesetzt — um 7 Uhr mußte schon abgesperrt werden. Tausende standen sich vor dem Hause der Fünftausend. Die Polizei konnte den Andrang nur mit Mühe abwehren. Vor dem Zirkus wurde der Präsidentschaftskandidat des Volksblocks von einer Fahnenabteilung des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold empfangen und in den Zirkus geleitet. Das Haus der Fünftausend begrüßte den Vertreter der Weimarer Parteien mit starkem Beifall.

In seiner Rede betonte Marx mehrfach seine grundsätzlich republikanische Einstellung. Ueberall, wo er den republikanischen, demokratischen und sozialen Standpunkt mit besonderer Deutlichkeit herausarbeitete, unterstrich die Versammlung diese Wendungen mit Beifall und lebhafter Zustimmung und als er es als eine „schamlose Verleumdung" erklärte, daß er in einem Dresdner Blatt der Begünstigung separatistischer Strömungen verdächtigt worden sei, bewies die Versammlung durch lebhafte Zustimmung, wie sie die gegnerische Agitation einschätzt.

Während Marx drin im Zirkus sprach, harrten draußen noch immer Abertausende, an die sich der demokratische Landtagsabgeordnete Frastner mit einer längeren Ansprache wandte. Nach seiner Zirkusrede trat auch Marx auf den Balkon hinaus und skizzierte den Harrenden seine Stellung zu den Fragen der Zeit.

Die Kundgebung war eine der gewaltigsten Versammlungsdemonstrationen, die wir in Dresden erlebt haben.

•

Nach begrüßenden Worten des Vorsitzenden der Ortsgruppe Dresden des Republikanischen Reichsbundes, des Ministerialrats Genossen Nistau, ergriff sofort, von stürmischem Beifall begrüßt, das Wort

Reichskanzler a. D. Marx,

der etwa folgendes ausführte:

Es handelt sich bei der Wahl um politische Ziele, und es ist eine Verkennung der Sachlage, wenn man meint, den Reichspräsidenten am besten aus Kreisen nehmen zu können, die sich nach ihren eigenen Worten bisher nicht um Politik gekümmert haben. Das Volk würde einen solchen Irrtum sehr bald in bedauerlicher Weise spüren müssen, besonders ein Volk wie das deutsche, das nach dem verlorenen Kriege besonders einer nach politischen Grundsätzen handelnden Leitung bedarf.

Meine politischen Grundsätze ergeben sich aus meiner Lebensarbeit und aus der Gemeinschaftsarbeit der Parteien, die meine Wahl dem Volke vorschlagen. Als Ziel meiner Politik betrachte ich die **Erhaltung des Reiches als Reichseinheit.**

Mit größter Entrüstung muß ich es als eine schamlose Verleumdung zurückweisen, wenn heute in einem Dresdner rechtsstehenden Blatt die Behauptung aufgestellt wird, ich sei geneigt, irgendwelchen separatistischen Bestrebungen Vorschub zu leisten.

Wir hätten den Weltkrieg und die Errungenschaften von Jahrhunderten erst dann endgültig verloren, wenn wir uns verleiten ließen, in den Fehler zu verfallen, den unsre Vorväter nach dem Dreißigjährigen Kriege machten, nämlich das Einzelrecht über das Recht der Gesamtheit zu stellen. Meine Arbeit gilt der Freimachung Deutschlands nach außen. Soweit meine Kräfte reichen, soll

Deutschland wieder ein freies, gleichberechtigtes Volk unter den andern Völkern

Europas und der Erde sein. Ich vertrete den Gedanken des Selbstbestimmungsrechtes der Völker. Wir wollen die Verpflichtungen, die wir nach dem verlorenen Krieg übernehmen mußten, erfüllen. Soweit unsre Kraft reicht, wollen wir diese Lasten tragen, aber wir wollen auch als gleichberechtigte Nation betrachtet und behandelt werden. Als Volk schätzen wir unsre Ehre, unsre Freiheit nicht geringer, als andre Völker ihre Ehre und Freiheit. Ja, als ein Volk, das einen Weltkrieg verloren, haben wir ein Recht, in unserm Ehrgefühl empfindlicher, feinfühliger zu sein als die Siegervölker, für die der Erfolg wirbt und arbeitet. **Wir sind zur offenen Gemeinschaftsarbeit im Völkerbunde bereit,** aber wir können dafür keine Bedingungen anerkennen, die andern nicht auferlegt werden. Wenn der deutsche Volksstaat, die deutsche Republik, sich noch nicht so gefestigt hat, wie es wünschenswert ist, dann mögen die westlichen Völker sich einmal überlegen, inwieweit sie daran mitschuldig sind, inwieweit sie den Gegnern des deutschen Volksstaates, den Anhängern des alten Regimes, in die Hände gearbeitet haben durch die Mißhandlung, die sie Deutschland zufügten. Das möge man besonders in Frankreich beachten. Wir wollen mit Frankreich in Frieden leben. Dieser Friede kann aber nur bestehen und dauern auf dem Wege gegenseitiger Achtung und Gleichberechtigung.

Meine Arbeit gehört der Freimachung der Rheinlande, meiner Heimat. Für dieses Ziel muß das ganze deutsche Volk Opfer bringen. In dieser Hinsicht bedaure ich, daß noch immer die Ruhrzone nicht frei ist von fremdländischer Besetzung. Eine langandauernde Besetzung fremder Landesteile ruft neue Spannungen hervor. Der Versailler Vertrag legt uns nicht nur Pflichten auf, sondern gibt uns auch Rechte; und wir haben ein Recht, die Räumung zu fordern.

Meine Lebensarbeit gehört der Wiedererrichtung einer gesunden deutschen Wirtschaft. Zur Wirtschaft gehören alle Arbeitenden in Deutschland: die Unternehmer, die Arbeitnehmer, die Techniker, die Lehrer, die Landwirte, der Mittelstand und alle andern. Ich habe ein unerschütterliches Vertrauen in die Leistungskraft und den Arbeitseifer der beiden großen Produktionsstände, der Unternehmer und der Arbeitnehmer.

Die deutsche Wirtschaft kann nicht gesunden auf Kosten einer verarmten Arbeitnehmerschaft.

Sie kann auch nicht gesunden durch Erschütterungen der deutschen Unternehmerschaft, beide müssen leben, schaffen und arbeiten. Beide haben Anspruch auf den Schutz des Staates. Der Staat hat für Ordnung und Ruhe zu sorgen. Er hat auch für eine gute moderne Handelspolitik, für eine moderne Sozialpolitik, für eine wohlabgewogene Steuerpolitik zu sorgen, die die Lasten gerecht verteilt. Er muß eine gesunde Währung erhalten. Er muß der Wirtschaft helfen, neue, ertragreichere Arbeitsmethoden zu finden, die die Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands auf dem Weltmarkte sichern, die die Zahlung auskömmlicher Löhne ermöglichen und dann noch genug übrig lassen, um die Ansammlung von neuem Betriebs- und Sparkapital sicherzustellen.

Das, was hier als Programm aufgestellt wurde, ist nur möglich,

wenn ein neuer Gemeinschaftsgeist im deutschen Volke Volke hält.

Wir sind spät, sehr spät, zu spät als einiges Volk in die moderne Geschichte eingetreten. Uns hatte der Dreißigjährige Krieg, jener blutige Religionskrieg, Wunden geschlagen, die dreihundert Jahre gebrauchten, um zu vernarben. Wir traten erst dann in die moderne Geschichte ein als deutsches Volk, als die westeuropäischen Mächte schon hundert Jahre lang die Welt geführt und beherrscht hatten. Wir kamen erst, als die Welt großenteils verteilt war. Wir hatten und haben es schwerer als die andern Völker. Es braucht eine lange Zeit, bis Völker zur Einheit, zum einheitlichen Fühlen und Wollen verschmolzen sind. Das einige Deutsche Reich haben wir seit 1871. Um die wirklich einige deutsche Nation ringen wir noch heute. Jahrzehntelang hatten wir im Deutschen Reich ein eigenes Haus; aber die Bewohner dieses Hauses waren nie einig. Jede Schicht lebte für sich. Jeder Stand kämpfte gegen den andern. Es fehlte ihnen das Größere, das Umfassendere: der Sinn für die staatsbürgerliche Ge-

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19250420/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG